Nr. 301 2. Ausgabe — Sonntag, 3. November 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreis: Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift für 2.—. Für Ziffern- oder Auskunft 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsatzen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unseren Tarifsätzen an.

Bezugspreise: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20; „ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.33, vierteljährl. Kr. 6.99; „ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.49, „ „ 7.47
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Der Kaiser über die Neuordnung

Erneute feindliche Angriffe bei Valenciennes — Die Räumung serbischer und italienischer Gebiete — Der Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokraten für die republikanische Staatsform

Die Sicherheit der Kriegsanleihe

beruht auf dem gewaltigen deutschen Volksvermögen, den deutschen Bodenschätzen und der in den Stürmen des Krieges bewährten und gestählten Arbeitsamkeit, Anpassungsfähigkeit und Sparsamkeit des deutschen Volkes.

Darum zeichnet die Kriegsanleihe!

Das Unverlierbare

In begreiflicher Sorge erwarten siebzig Millionen Deutsche die Bedingungen für den Waffenstillstand. Wenn man bedenkt, daß unser Kriegskabinett für die Beantwortung der vorletzten Wilsonnote vom 14. Oktober Zeit gebraucht hat bis zum 21. Oktober, nachdem die Grundlinien für die Erwiderung durch die Antwort auf die frühere Note schon im ganzen festgelegt waren, wenn man ferner in Betracht zieht, daß die einander so entgegengesetzten Meinungen der Glieder der uns feindlichen Koalition auszugleichen blieben, die vom Rechtsfrieden bis zum Gewaltfrieden sich erstrecken, so liegt kein Grund vor, die Besonnenheit zu verlieren. Zu der so oft empfohlenen Kunst des „Durchhaltens" gehört auch die des Wartenkönnens. Gar nicht verstehen sich offenbar die Aufrufefabrikanten hierauf. Außer denen, die diese wenig glückbringende Tätigkeit seit Jahr und Tag gewerbsmäßig ausüben, gibt es noch die ebensowenig berufenen Gefühlspolitiker und Dilettanten. Sie unterscheiden sich von den Gruppen, die sich als Helden des großen Wortes noch immer bemerkbar machen, nur dadurch, daß sie — sagen wir — naiv sind. (Was man von denen, die auf ihre nie gewesene Autorität hin schon jetzt zum letzten Aufgebot aufrufen, nicht immer sagen kann.) Aber beide Spezies von „Politikern" taugen zum politischen Geschäft ungefähr so viel, wie ein begeisterter Botaniker zur Leitung einer Großbank. Und wer so töricht wäre, wie der Fuchs in der Fabel, der nächtelang eine Nachtigall belauerte und schließlich hoffte, von dem Fang satt zu werden, würde wieder entdecken, daß nur der Schnabel von Belang war. Das deutsche Volk verbittet sich ernstlich alle dilettantischen Pfuscherkünste aller Maul- und Papierhelden. Auch wenn ihre Weise noch so sanglich ist. Politik ist ein Geschäft für gelernte und verantwortliche Arbeiter.

Vorläufig also haben wir abzuwarten, was die Feinde uns ansinnen. Wir machen uns keinen blauen Dunst vor und lassen uns von keinem bezaubern. Wissen, daß nicht heute, nicht morgen, aber letzten Endes mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß die Zerrüttung in Ungarn und Oesterreich den Feinden ein neues Aufmarschgebiet schafft, daß auch unsre unvergleichliche Armee im Westen, um sich geschlossen zu halten, den deutschen Grenzen noch näher zu stehen kommen kann. Aber wir wissen auch, daß die Truppen unsrer Feinde einen weiten Weg haben vom Bosporus bis an die sächsische oder bayrische Grenze und daß sie von der Hoffnung erfüllt sind, ein neuer Winterfeldzug sei ausgeschlossen. So wenig Grund wir haben, den Kopf in den Sand zu stecken und uns drohende Gefahren zu verschleiern, so wenig haben wir Veranlassung, die Maulhelden hinter den Fronten allzu ernst zu nehmen. Zu ihnen gehört offenbar auch der englische Minister Barnes. Ein guter Pokerspieler. Das Reuter-Bureau berichtet heute folgendes von ihm:

„Das Mitglied des Kabinetts Sozialist Barnes sagte in einer Rede, die er gestern in London hielt, über den Waffenstillstand mit der Türkei: „Wir hätten den Waffenstillstand früher unterzeichnen können. Wir hatten die Türkei in den letzten Wochen in der Hand. Sie machte Angebote, aber wir gingen nach Aleppo, das die Hauptstadt des künftigen arabischen Freistaates oder des von den Arabern regierten Landes sein wird. Wir hatten keine Eile, die Türken aus dem Kriege auszuschalten, ehe wir Aleppo genommen hatten. Wir haben an der Mündung der Dardanellen vor einiger Zeit Schiffe konzentriert. Wenn sie noch nicht eingefahren sind, so werden sie es sehr bald tun, nichts kann sie hindern, durch die Dardanellen in das Schwarze Meer, donauaufwärts Deutschland in den Rücken zu fallen. Wenn die Deutschen ihr Gebiet verteidigen wollen, so haben sie die furchtbare Aussicht, ihre Truppen zwischen der Westfront und der Türkei im Osten zu verteilen, an die wir pochen werden, da uns die Dardanellen jetzt offen sind."

Seit wann — müssen wir uns fragen — gibt man seine Kriegspläne so preis, wenn man nicht die Absicht hat, den Plan auf den Feind wirken zu lassen? Mister Barnes weiß ganz genau, wie ein sehr großer, für die weitere Kriegführung unentbehrlicher Teil der englischen Arbeiterschaft über die Fortführung des Kriegs zum Zwecke des Imperialismus und eines imperialistischen Gewaltfriedens denkt. Und, ein guter Geograph, wie jeder Engländer, weiß er auch die Weglänge und die Hindernisse zu schätzen, die zwischen jenem Tor im deutschen Osten und den Truppen liegen, die vorläufig die kleine Armee von Saloniki erst zu einer beträchtlichen machen sollen. Man kann ohne Leichtsinn wohl sagen, daß der Pokerspieler ein bißchen bluft. Daß Herr Barnes andern Maulhelden in andern Ländern in diesem Augenblick merkwürdig ähnlich sieht. So wie in allen Ländern alle Kriegshetzer und Aufpeitscher eine verblüffende Familienähnlichkeit zeigen.

Herr Barnes wird vielleicht auch darin einig sein mit seinen anderweitigen Familienangehörigen, daß er sagt, die Punkte Wilsons und ein Rechtsfrieden überhaupt bedeuteten trübe Flecken auf der englischen Ehre. Die Künstlerin Käthe Kollwitz hat kürzlich in einem Brief an den „Vorwärts", einer Antwort an Richard Dehmel, Worte über Volksehre und Volksglück gesagt, die ein wenig ernster zu nehmen sind, wie uns dünkt, als Aufrufe und Drohungen. Sie meint: „Man hat tief umgelernt in diesen vier Jahren. Mir will scheinen, auch in bezug auf den Ehrbegriff. Wir empfanden Rußland nicht als ehrlos, als es in den unerhört harten Brester Frieden willigte. Es tat es aus dem verpflichtenden Gefühl heraus, die ihm noch verbleibenden Kräfte für den inneren Wiederaufbau sparen zu müssen. Ebensowenig darf Deutschland, wenn ein Rechtsfrieden an der Entente scheitern sollte, sich als entehrt empfinden, wenn es einen Gewaltfrieden eingehen muß. Gefaßt und stolz muß es sich bewußt bleiben, daß seine Ehre ebensowenig damit verloren ist wie die Ehre eines einzelnen Menschen, der sich überstarken Mächten beugt. Seine Ehre soll Deutschland daransetzen, das harte Geschick sich dienstbar zu machen, innere Kraft aus der Niederlage zu ziehen, entschlossen der ungeheuren Arbeit, die vor ihm liegt, sich zuzuwenden." Wer alles ausdenkt, was werden könnte, ohne papierne Heldenbrust, aber auch ohne bleiche Furcht, muß sich sagen: möglich ist, daß man uns einen Gewaltfrieden ansinnt. Möglich, daß wir in wenigen Tagen vor der letzten Schicksalsfrage stehen, über die nur das Volk und die Regierungsmänner seines Vertrauens, keine Maulhelden zu entscheiden haben. Die Frage, ob noch ungeheure blutige Opfer gebracht werden sollen für eine reale Sache mit irgendeiner zu schätzenden Aussicht darauf, daß dadurch harte Friedensbedingungen in günstige gewandelt würden. Die Frage, ob das Opfer des Preises wert sein kann.

In diesem Augenblicke aber komme man uns nicht mit Ehrbegriffen aus dem Duell-Codex! Wer will es wagen, auszusprechen, nein, nur zu denken, ein Volk, das in vier Kriegsjahren so gegen eine Welt von Feinden gekämpft, so seine blutigen Sorgen, seine Entbehrungen, seine furchtbaren Kriegsnöte getragen hat, verliere seine Ehre, wenn es sich etwa nicht entschlösse, sich völlig zu verbluten? Wer kann uns denn überhaupt weismachen wollen, die Ehre des deutschen Volkes hänge von Vorschriften ab, die ihm irgendwer, irgendeine Gruppe, irgendeine Partei diktieren können. Die Ehre dieses Volkes ist unverlierbar. Und — so verblüffend das klingen mag — auch dieser Krieg kann von uns im höheren Sinne nicht verloren werden. Was bedeuten Jahre im Leben der Völker! Was könnte das Verbrechen eines Gewaltfriedens an einem Volke, wie dem deutschen, den Völkern Europas auf die Dauer nützen. Jede Schuld rächt sich auf Erden an Völkern wie an einzelnen Menschen.

Dieser Krieg aber kann für uns im letzten Sinn nur verloren werden durch die Anarchie. Die fördert jeder Maulheld jeder politische Dilettant, der Wirkungen und Dynamik des Wortes nicht einmal abzuschätzen vermag. Die besonnene überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes denkt nicht daran, Feuer an das Haus zu legen, das ihre Zukunft, ihre Existenz, das Leben ihrer Kinder und Kindeskinder schützt. Und diese ungeheure Mehrheit eines Volkes, dessen Ehre unantastbar bleibt, wird auch Herr werden über die Maulhelden aller Art, die wissentlich oder geistesschwach durch ihre Wirkungsversuche jene einzige Gefahr uns näherrücken könnten.

Wir sind auf schwere Waffenstillstandsbedingungen, auf nicht genau so schwere, doch gewiß nicht leichte Friedensbedingungen gefaßt. Und gefaßt werden wir die Entscheidung finden, die die Stunde von uns fordert.

•

Asquith gegen die Neuwahlen

× London, 2. November. (Reuter)

In einer Rede, die Asquith gestern abend in Glasgow hielt, sprach er sich äußerst mißbilligend über eine Kräftevergeudung durch Abhaltung von allgemeinen Wahlen während des Krieges aus und erklärte, solange der Krieg nicht endgültig vorüber sei, sei es sehr wichtig, daß man eine unzerbrochene nationale Front bewahre.

Eine Kundgebung des Kaisers

× Berlin, 2. November. (Amtlich)

Der Kaiser hat bei dem Zurücktreten der Verfassungsänderungen folgenden Erlaß an den Reichskanzler gerichtet:

Eurer Großherzoglichen Hoheit lasse ich in der Anlage den mir zur Ausfertigung vorgelegten Gesetzentwurf zur Abänderung der Reichsverfassung und das Gesetz betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers vom 17. März 1878 zur alsbaldigen Veröffentlichung wieder zugehen. Ich habe den Wunsch, bei diesem für die weitere Geschichte des deutschen Volkes so bedeutungsvollen Schritt zum Ausdruck zu bringen, was mich bewegt. Vorbereitet durch eine Reihe von Regierungsakten tritt jetzt eine Neuordnung in Kraft, welche grundlegende Rechte von der Person des Kaisers auf das Volk überträgt. Damit wird eine Periode abgeschlossen, die vor den Augen künftiger Geschlechter in Ehren bestehen wird. Trotz aller Kämpfe zwischen überkommenen Gewalten und emporstrebenden Kräften hat sie unserm Volke jene gewaltige Entwicklung ermöglicht, die sich in den wunderbaren Leistungen dieses Krieges unvergänglich offenbart. In den furchtbaren Stürmen der vier Kriegsjahre aber sind alte Formen zerbrochen, nicht um Trümmer zu hinterlassen, sondern um neuen Lebensgestaltungen Platz zu machen. Nach den Vollbringungen dieser Zeit hat das deutsche Volk einen Anspruch, daß ihm kein Recht vorenthalten wird, das eine freie und glückliche Zukunft verbürgt. Dieser Ueberzeugung verdanke ich die jetzt vom Reichstage angenommenen und erweiterten Vorlagen der verbündeten Regierungen ihre Entscheidung. Ich aber trete diesen Beschlüssen der Volksvertretung mit meinen hohen Verbündeten bei in dem festen Willen, was an mir liegt, an ihres vollen Auswirkung mitzuarbeiten, überzeugt, daß ich damit dem Wohle des deutschen Volkes diene. Das Kaiseramt ist Dienst am Volke. So möge die Neuordnung alle guten Kräfte freimachen, deren unser Volk bedarf, um die schweren Prüfungen zu bestehen, die über das Reich verhängt sind, und um aus dem Dunkel der Gegenwart mit festen Schritten eine helle Zukunft zu gewinnen.

Berlin, 28. Oktober 1918.

(gez.): Wilhelm I. R.,
(gegengezeichnet): Max, Prinz von Baden.

Der deutsche Abendbericht

× Berlin, 2. November abends. (Amtlich)

Erneute Angriffe der Engländer südlich von Valenciennes, der Amerikaner westlich der Maas brachten den Feinden nur örtlichen Geländegewinn. An den übrigen Kampffronten ruhiger Tag.

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht

× Wien, 2. November

Amtlich wird verlautbart:

An der italienischen Gebirgsfront werden unsre Truppen in planmäßiger Durchführung der Räumungsmaßnahmen die Stellung wie zu Beginn des italienischen Krieges beziehen. An der venezianischen Ebene ist die Rückbewegung über den Tagliamento im Gange.

Die Räumung des gesamten serbischen Gebietes steht unmittelbar bevor.

Der Chef des Generalstabes.

General Malleterre über den deutschen Rückzug

(Privattelegramm)

+ Basel, 2. November

General Malleterre, der mit Foch eng befreundet ist, wendet gegen den in der Presse aufgetretenen Ausdruck „Kapitulation" ein, daß keine deutsche Armee umzingelt worden sei, keine habe kapituliert, und wenn die deutsche Armee abziehe, so tue sie es auf Befehl der eigenen Regierung. Der Rückzug sei freiwillig, und die rückwärtigen Straßen seien frei. Die meisten Blätter stellen fest, daß die Verbündeten an der Westfront in den letzten Tagen nur örtliche Erfolge errungen hätten.

Mit bemerkenswerter Offenheit gehen auch namhafte französische Militärschriftsteller wie Kommandant Civrieux im „Matin" zu, daß der deutsche Widerstand im Westen sehr stark geworden sei. Civrieux hält für nicht ausgeschlossen, daß Hindenburg wieder die Führung in die Hand genommen habe und nunmehr dem passiven Widerstand eine offensive Defensive folge. Kurz vor Weggang Ludendorffs seien übrigens zahlreiche deutsche Gegenangriffe von großen Beständen beobachtet worden, was nicht darauf schließen lasse, daß die Deutschen sich hinter einem dünnen Vorhang von Nachhuten zurückziehen wollen. Der französische Offizier meint natürlich, das sei durchaus im Interesse der Verbündeten, die darauf ausgingen, den mächtigen Rest dieser Armee erst völlig zu zerstören. — Das „Echo de Paris" stellt ebenfalls eine erhebliche Verstärkung des deutschen Widerstandes fest.

Die Ereignisse in Wien

(Meldung des Wiener Korrespondenzbureaus)

× Wien, 2. November

Zu der gestrigen konstituierenden Versammlung der Nationalräte melden die Blätter noch: Nach dem Beschluß, eine deutsch-österreichische Armee zu bilden, schlug ein Oberleutnant die Schaffung einer Nationalgarde vor. Der Vorschlag fand begeisterte Aufnahme und schien der Zustimmung aller sicher, als ein Soldat namens Haller das Wort ergriff und sich gegen die Schaffung einer Nationalgarde als den Ursprung weiterer Kriege aussprach. Er bekannte sich als Sozialrevolutionär und beantragte unter Zustimmung seiner Gesinnungsgenossen die Schaffung einer Roten Garde und bildete, während die nationalen Elemente der Versammlung den Antragsteller mit seinen Gesinnungsgenossen vergeblich für ihre Sache zu gewinnen suchten, einen eigenen Soldatenrat. Mit seinen Gesinnungsgenossen verließ Haller als Kommandant der Roten Garde die Versammlung unter den Protesten der zurückbleibenden bürgerlichen nationalen Teilnehmer.

Der gestern abgehaltene Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie faßte eine Entschließung, in der das unbeschränkte Selbstbestimmungsrecht der andern Nationen anerkannt und das allgemeine Recht auch für das deutsche Volk gefordert wird. Der Parteitag beschließt daher die Bildung freier Volksstaaten. Der Parteitag fordert weiter, daß jeder Volksstaat Gebietshoheit über sein geschlossenes Sprachgebiet hat, daß die Grenzen der neuen Staaten durch Vereinbarungen zwischen den Völkern festzusetzen sind, daß die Aufteilung der bisherigen Behörden und Anstalten auf die Nationen und die Aufteilung der Staatsvermögen und Staatsschulden durch Vereinbarungen zwischen den Nationen geregelt wird, sowie daß die Rechte der nationalen Minderheiten und Sprachinseln durch Verträge zwischen den Nationen sichergestellt werden. Der Parteitag begrüßt die Bildung eines deutsch-österreichischen Staates und fordert, daß der Staat eine demokratische Republik werde, daß die Verfassung des Staates durch eine konstituierende Nationalversammlung baldmöglichst auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts aller Männer und Frauen festgesetzt werde und betont, daß, wenn die Nationen sich von Deutsch-Oesterreich vollständig trennen oder einen Staatenbund mit uns nur unter den Bedingungen begründen wollen, daß Deutsch-Oesterreich zu wirtschaftlicher Verkümmerung verurteilt und deutsch-österreichische Gebiete slawischer Vormundschaft unterworfen würden. Deutsch-Oesterreich als selbständiger Bundesstaat dem Deutschen Reiche beitreten müßte.

•

Tagung des Staatsrates

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

u. Wien, 2. November

Im Abgeordnetenhause ist vormittag der Staatsrat zusammengetreten. Es ist das gleiche Bild wie gestern. Die Gänge sind wieder voll von Militärdeputationen. In den Straßen ist Ruhe, doch wächst die Verwirrung, da fortwährend mit jedem Zug neue Flüchtlinge und Soldaten in Wien eintreffen.

•

Dr. Friedrich Adler freigelassen

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

id. Wien, 2. November

Dr. Friedrich Adler ist gestern freigelassen worden. Die sozialdemokratische Partei nahm diese Nachricht jubelnd auf und wählte ihn sofort an Stelle des verstorbenen Dr. Bernerstorfer in den Parteivorstand.

Dr. Friedrich Adler hat, wie erinnerlich, am 21. Oktober 1916 den Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh erschossen. Er wurde von einem Ausnahmegericht zum Tode verurteilt, doch wurde das Urteil im September 1917 in 18 Jahre schweren Kerkers geändert.

•

Die Regierungsgeschäfte für Deutsch-Böhmen

(Meldung des Wiener k. k. Korr.-Bureaus.)

× Reichenberg i. B., 2. November

Landeshauptmannstellvertreter Abgeordneter Seliger hat gestern die Regierungsgeschäfte für Deutschböhmen übernommen. Bei den Beratungen mit den zuständigen Stellen über Fragen des Ernährungsdienstes, der Kohlenversorgung und der Aufrechterhaltung der Bergbaubetriebe und des Verkehrsdienstes wurden entsprechende Verfügungen an die betreffenden Aemter erlassen.

•

Die Vorgänge bei der Marine in Pola

(Privattelegramm)

+ Prag, 2. November

Im Nationalausschuß erschien gestern ein Matrose des Kriegsschiffes „Bellona" aus Pola und erklärte über die dortigen Ereignisse: Am Sonntag den 27. fand die erste Versammlung der Matrosen und Arbeiter statt. Sofort verweigerten einige Matrosen den Dienst. Fregattenkapitän Graf Thun hatte nämlich den Deutschen erklärt, sie müßten auf

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1918110302/1